



Göttingen, 29.12.2015

Pressemitteilung (Nr. 59/2015)

Rechte Kundgebung in Duderstadt wird zum Nazi-Magnet

An der Kundgebung des „Freundeskreis Thüringen/Niedersachsen“ am 27.12.2015 beteiligten sich zahlreiche bekannte Neonazis und NPD-Kader. Darunter befanden sich u.a. Matthias Fiedler und René Schneemann (NPD Eichsfeld), der Ex-Göttinger Marco Borrmann (ebenfalls NPD) und weitere Neonazis aus dem Umfeld der Kameradschaft Northeim und der NPD Eichsfeld. Auch der wegen Körperverletzung verurteilte Northeimer Neonazi Pascal Zintarra nahm bereits an „Mahnwachen“ des Freundeskreises teil.

Eine Etablierung des rechten Treffens würde eine Stärkung der regionalen Neonazi-Szene bedeuten. Die GRÜNE JUGEND Göttingen ruft deswegen dazu auf, den antifaschistischen Protest gegen die extrem rechten Treffen stärker zu unterstützen.

Ein Mitglied der GJ äußert sich wie folgt: „*Von Anfang an haben Neonazis an der Kundgebung teilgenommen und an ihrer Organisation mitgewirkt. Die massive Beteiligung von NPD-Funktionären und Führungskadern der Kameradschaft Northeim war jetzt der Offenbarungseid. Wenn es noch einen bürgerlichen Deckmantel gegeben hat, ist dieser jetzt heruntergerissen. Der Göttinger JA-Funktionär und Hannovera-Burchenschafter Lars Steinke hat offensichtlich kein Problem damit, das Stelldichein von Nazis und verurteilten Straftätern offiziell anzumelden und ihm beizuwohnen.*“

Das GJ-Mitglied weiter: „*Das Duderstädter Protestbündnis gegen die rechte Kundgebung leistet gute Arbeit. Kreativer Protest wie das Anbringen einer Friedenstaube am Kriegerdenkmal und die [Schlauchbootaktion](#) werden ebenso wie der lautstarke Protest der Duderstädter Bevölkerung aber weiterhin nötig sein. Es ist notwendig, dass dieser Protest stärkere Unterstützung erfährt, sowohl von offizieller Seite der Stadt Duderstadt und des Landkreises, als auch von Seiten der Göttinger Zivilgesellschaft.*“

Abschließend äußert sich das GJ-Mitglied zu den [Kriminalisierungsversuchen der Polizei](#) gegen die Schlauchboot-Aktivist*innen: „*Der Vorwurf des Hausfriedensbruchs ist lächerlich. Wenn sich die Polizei darüber beklagt, überlastet zu sein, sollte sie ihre knappen Ressourcen nicht dazu verschwenden, vollkommen friedlichen Protest gegen Nazis zu kriminalisieren. Die GJ fordert die sofortige Einstellung der Ermittlungen.*“